

Zeugnis

für die Bildungspolitik im Land Bremen

1.Schulhalbjahr 2014/2015

Allgemeine Entwicklung:

Die Lage an den Schulen und Hochschulen hat sich trotz aller Zusagen unseres Bürgermeisters Jens Böhrnsen von der „Schippe drauf“ nicht verbessert. Bildung benötigt endlich eine solide, den Aufgaben angemessene Finanzierung, dafür müssen entsprechende politische Entscheidungen getroffen werden. Worthülsen in Wahlprogrammen und Lippenbekenntnisse reichen nicht aus.

Bildungsfinanzierung:

Die Bildungsfinanzierung ist nach wie vor mangelhaft und das hat gravierende Folgen für die Qualität in allen Bereichen der Bildung. Die Situation wird von der Politik immer aufs Neue schön geredet, aber jedes Schulkind weiß, dass Schummeln mit „ungenügend“ bewertet wird.

Kommunikation und Transparenz:

Bis heute gibt es keine transparenten Richtlinien für die Zuweisung von Personalressourcen. Diese Zuweisungsrichtlinien sind schon bei der zurückgetretenen Bildungssenatorin Jürgens-Pieper überfällig gewesen. Der Verdacht liegt nahe, dass die Behörde sich bei der Berechnung der Personalzuweisungen nicht festlegen will oder soll: Das eröffnet mehr Spielräume, um die Personalzuweisungen immer weiter abzusenken.

Unterrichtsversorgung:

Die Unterrichtsversorgung ist ungenügend! Alle Schulen sind strukturell unterversorgt: Die Grundschulen sollen das Fundament der schulischen Bildung legen, ihre personelle Versorgung ist aber völlig unzureichend. Außerdem: Unzumutbar große Klassen und Kurse an den Gymnasien, fehlende Sonderpädagogen an Grund- und Oberschulen, eine unzureichende Personalzuweisung an den Berufsschulen sind ebenfalls Realität. In Bremen erhalten Berufsschulen grundsätzlich nur 88 % der errechneten Personalzuweisung. Schulen im allgemeinbildenden Bereich bekommen höchstens 98 % ihrer Personalstunden zugewiesen. Ohne dass jemand ausfällt, ist ein Unterrichtsausfall von mindestens 2 % vorprogrammiert – das ist ein Rechtsbruch, das sagen auch viele Schulleitungen. Aber auch 100 % Personalzuweisung wären nicht ausreichend, jedes anständige Unternehmen hält 110 % vor, um normale Personalschwankungen durch Krankheit, Fortbildungen etc. auszugleichen.

An Bremer Schulen gibt es für Schwangerschafts-, Elternzeit- oder krankheitsbedingte Ausfälle nur teilweise, verspätete oder gar keine Vertretung – z.B. für Väter in der 2-monatigen Elternzeit. Da der Vertretungspool insgesamt völlig unzureichend ist, werden Unterrichtsausfälle in hohem Maße u.a. durch unbezahlte Mehrarbeit von Lehrkräften, durch Sonderpädagogen, Sozialpädagogen und Pädagogische Mitarbeiterinnen aufgefangen – zu Lasten der Bildungsqualität sowie der Gesundheit und Motivation der Beschäftigten.

Ausstattung der Inklusion und des Ganztages:

Bis heute sind die für die Umsetzung der Schulreform notwendigen Ressourcen für zusätzliches Personal nicht in den Haushalt eingestellt worden. Der Landesrechnungshof stellte 2012 fest, dass ab 2010 jährlich 20 Millionen Euro mehr für zusätzliches Personal für die Umsetzung der Schulreform in den Haushalt eingestellt werden mussten – das sind ca. 400 Lehrkräfte mehr. Inzwischen sind viele weitere Ganztagschulen errichtet worden. Aber allen Erfolgsmeldungen des rot-grünen Senats zum Trotz zeigt die Realität, dass der Personal- und Sachmittelbedarf an den Schulen nicht abgedeckt und die Ausstattung ungenügend ist.

Für eine gelingende Inklusion und gute Ganztagschulen muss endlich eine Personalzuweisung für Lehrkräfte, Sonderpädagogen, Sozialpädagogen und Pädagogische Mitarbeiter erfolgen, die den Anforderungen der Schulreform und den gestiegenen Anforderungen durch z.B. Armut, Migration etc. Rechnung trägt. Auch im Verwaltungsbereich sind entsprechend der gewachsenen Aufgaben Aufstockungen erforderlich.

Umgang mit dem pädagogischen Fachpersonal:

Die schlechten Rahmenbedingungen an den Schulen führen dazu, dass die KollegInnen an den Schulen bis an die Grenzen beansprucht werden. Bremer Lehrkräfte stehen im Öffentlichen Dienst mit an der traurigen Spitze bei der Zahl der Langzeiterkrankungen. Bei Pädagogischen MitarbeiterInnen kommt neben der hohen Belastung oft hinzu, dass sie von ihrer Arbeit nicht leben können, weil es kaum volle Stellen gibt oder diese gar nicht zu leisten sind. Ein weiteres Problem ist die Ungleichbehandlung: Viele Pädagogischen Mitarbeiterinnen haben unbefristete Leiharbeitsverträge bei Schulvereinen – ohne Kündigungsschutz und zu schlechteren Konditionen.

Fazit:

Die Beschäftigten im Bildungsbereich federn durch ihre engagierte und qualifizierte Arbeit eine Menge ab. Aber die Rahmenbedingungen führen auf der Beschäftigtenseite zu Unmut, Frustration, einer steigenden Krankenrate bis zum Burnout. Auf Seiten der Schülerinnen und Schüler führen sie dazu, dass **immer mehr jungen Menschen Bildungs- und Zukunfts-Chancen genommen werden und sie durchs soziale Netz fallen. Dies hat die Politik zu verantworten!**

☒ Versetzung stark gefährdet

Laut Beschluss des GEW-Gewerkschaftstages Bremen vom 25. November 2014

Bremen, 29. Januar 2015

Der geschäftsführende Landesvorstand